

Antrag Nr. 26

der Fraktion sozialdemokratischer Gewerkschafter:innen
an die 177. Hauptversammlung der Bundesarbeitskammer
am 5. Dezember 2024

Ein leistbares und unbürokratisches ÖV-Ticket für Menschen in Ausbildung

Die AK Niederösterreich setzt sich für leistbare und unbürokratische Lösungen zur Nutzung öffentlicher Verkehrsmittel für Wegstrecken von und zum Ausbildungsort ein. Zwei Personengruppen sind in diesem Zusammenhang besonders von strukturellen Benachteiligungen betroffen.

Manche Jugendliche benötigen nach Beendigung ihrer Schullaufbahn etwas mehr Zeit und Unterstützung, um sich am Arbeitsmarkt zurecht zu finden. Ihnen fehlen oft wichtige Voraussetzungen für die angestrebte Berufsausbildung beziehungsweise grundlegende Kompetenzen für eine erfolgreiche Eingliederung. AusbildungsFit soll Jugendlichen ermöglichen, über einen (Wieder-)Einstieg in den Ausbildungsbereich höhere Qualifikationen zu erlangen und so mittelfristig am österreichischen Arbeitsmarkt teilzuhaben. Die Zuweisung zu dieser Maßnahme wird in Zusammenarbeit von Jugendcoaching und AMS geregelt und passiert im Rahmen des Ausbildungspflichtgesetzes, das seit 2016 in Österreich gilt.

Trotz Ausbildungspflicht haben teilnehmende Jugendliche keinen Lehrlings- oder Schüler:innenstatus, welcher die Voraussetzung zum Erhalt des Top-Jugendtickets darstellt. Obwohl im Laufe der Jahre der Anspruch auf ein Top-Jugendticket mehr und mehr ausgedehnt wurde (Polizeischüler:innen, Teilnehmer:innen des freiwilligen Sozialjahres bzw. des freiwilligen Umweltschutzjahres) müssen Fahrtkosten von AusbildungsFit-Teilnehmer:innen zur Gänze selbst getragen werden. In Niederösterreich betrifft diese Ungleichbehandlung rund 1.000 und österreichweit sogar 6.500 Jugendliche.

Auch für die Gruppe der Berufsschüler:innen, deren Wegstrecke zur Berufsschule mehrere bundeslandübergreifende Wege erfordert, gibt es derzeit kein spezifisches Angebot den öffentlichen Verkehr zu nutzen. Zudem gibt es Kombinationen von Wegstrecken wie „Wohnort <-> Internat bzw. Lehrlingsunterkunft <-> Berufsschule“, für die unterschiedliche Ticketkategorien erforderlich sind bzw. bürokratische Rückvergütungen über das Finanzamt erforderlich machen. Die finanziellen Belastungen für Berufsschüler:innen, die aufgrund der Entfernung des Berufsschulstandortes zum Wohnort auf eine Unterkunft angewiesen sind, sind unverhältnismäßig höher.

Der Bescheid, mit dem Lehrlinge zum Berufsschulbesuch aufgefordert werden, könnte zum Erhalt eines zeitlich begrenzten und kostenfreien Klima-Tickets Österreich für Berufsschüler:innen dienen. Hierdurch würde zudem auch der bürokratische Aufwand für die Abwicklung der Fahrtenbeihilfe und die Ausstellung der Schüler:innenfreifahrt entfallen. Durch diese Maßnahme wird zudem der Umstieg auf öffentliche Verkehrsmittel vorangetrieben, was sich positiv auf das Klima auswirkt.

Beide angeführten Beispiele verdeutlichen eine kuriose, weil gegengleiche strukturelle Ungleichbehandlung: Einerseits gibt es eine Gruppe von jungen Menschen, die trotz Ausbildungspflicht keinen entsprechenden Status erhalten und damit von einem Ticketangebot ausgeschlossen sind. Andererseits existiert eine Personengruppe, für die es, trotz ihres Lehrlingsstatus, kein Ticketangebot gibt. Beiden Gruppen gemeinsam ist eine unverschuldete und unverhältnismäßig höhere finanzielle Belastung um ihren Ausbildungsweg absolvieren zu können.



Sozialdemokratische
Gewerkschafterinnen
in der Bundesarbeitskammer

Die Hauptversammlung der BAK fordert daher die Bundesregierung auf:

**Teilnehmer:innen der Maßnahme AusbildungsFit in den Geltungsbereich für das Top-Jugendticket und vergleichbare Produkte mitaufzunehmen
sowie ein kostenloses Klima-Ticket Österreich für Berufsschüler:innen für die Dauer der Berufsschulbesuche einzuführen.**

Angenommen

Zuweisung

Ablehnung

Einstimmig

Mehrheitlich